

## **Bericht zum Wirtschaftsausschuss am 11. Januar 2011**

Der Wirtschaftsausschuss am 11. Januar 2011 befasste sich ausschließlich mit Themen der Arbeitsmarktpolitik, die aufgrund übervoller Tagesordnungen in den vorherigen Sitzungen liegen geblieben waren. Dadurch war leider nur noch ein Teil der Initiativen aktuell.

Zur Reform der Job-Center wurde ein Überblick über die laufenden Entscheidungen von „team.arbeit.hamburg“ geliefert. So gab uns Senator Karan ein positives Bild vom Arbeitsmarkt mit einer gesunkenen Zahl von Arbeitslosen und einer gestiegenen Anzahl von sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplätzen. Die aktuellen Hamburger Arbeitsmarktzahlen zeigen schon wieder in die andere Richtung. Erläutert wurde auch der Umfang und die Verwendung des Eingliederungstitels: Es stünden für 2011 ca. 134 Mio. € zur Verfügung (nach 183 Mio. € in 2010). Der Eingliederungstitel solle sich wie folgt aufteilen:

- 6.600 Arbeitsgelegenheiten („Ein-Euro-Jobs“) zum Ende 2011
- 3.500 Fort- und Weiterbildungsmaßnahmen
- 3.080 Plätze im Hamburger Modell
- 12.000 Trainingsmaßnahmen nach § 46 SGB III

Die Zahl der Arbeitsgelegenheiten ist entgegen der Angaben des Bundes hoch gehalten worden, um einen sofortigen Abbau und damit starke Brüche zu vermeiden. Zum 1.1.2011 gab es noch 9.623 Arbeitsgelegenheiten, 7.250 Arbeitsgelegenheiten sollen noch im ersten Halbjahr vergeben werden. Für die Folgezeit ist ein Interessenbekundungsverfahren vorgesehen. Während aber noch im Ausschuss der Ausschreibungsbeginn mit dem 28.2.2011 benannt und von der SPD-Fraktion kritisiert wurde ist nunmehr laut der Beantwortung meiner kleinen Anfrage 19/8488 der 1. April 2011 für den Beginn des Ausschreibungsverfahrens vorgesehen. Die Art der Ausschreibung sowie die Zeitspanne, für die die Ausschreibung gelten soll, waren ebenfalls Diskussionspunkte. Eines scheint klar zu sein: Da die Bewilligung von Arbeitsgelegenheiten noch sehr umfangreich erfolgt ist, wird die Einsparungsverpflichtung im zweiten Halbjahr mit voller Härte die Anzahl der Arbeitsgelegenheiten reduzieren. Hierfür ist zwingend ein Ausschreibungsverfahren erforderlich. Die Gestaltung dieses Ausschreibungsverfahrens kann sicherlich aufgegriffen aber nicht auf die Schnelle verändert werden. Wahrscheinlich ist die umfangreiche Stadtteilorientierung, die für die Ausschreibung vorgesehen ist.

Zur Neuorganisation der Verwaltungsstrukturen bei „team.arbeit.hamburg“ als nunmehr „gemeinsame Einrichtung“ wurde ebenfalls die Notwendigkeit von Sparverpflichtungen dargelegt, die in diesem Jahr 10 Mio. Euro umfassen, ohne dass hierbei Rückgriff auf den Eingliederungstitel genommen werden kann. Auch bestünde für „team.arbeit.hamburg“ eine Verpflichtung, die Langzeitarbeitslosigkeit um 4,8 Prozent zurückzuführen. Die SPD-Fraktion hält diese Integrationsquote bei Langzeitarbeitslosen für sehr fragwürdig. Das weitere Ziel, keinen Jugendlichen länger als 3 Monate ohne Maßnahme zu belassen, begrüßen wir. Wir haben aber auch betont, dass wir Arbeitsgelegenheiten grundsätzlich als ungeeignet für Jugendliche betrachten.

Die gemeinsame Einrichtung werde generell wie die frühere Arge fortgeführt, allerdings werde die Trägerversammlung nunmehr unter dem Vorsitz des Leiters der Agentur für Arbeit, Herrn Steil (der im April von Sönke Fock abgelöst wird) geleitet und einmal monatlich finde künftig ein Controllingtermin statt. Zudem werde ein Kooperationsausschuss als Schlichtungsinstrument eingesetzt.

Die SPD-Fraktion hat die Sitzung mit vielen kritischen Fragen begleitet: So waren die Abschaffung der Software „mistral“, das künftige Bildungspaket für Kinder und Jugendliche mit SGB II-Bezug und die Wirksamkeit vieler Maßnahmen Gegenstand der Diskussion. Unsere Einschätzung haben wir in unserem einleitenden „Ausblick“ dargelegt.